

„Die gefühlte Unsicherheit ist so hoch wie noch nie“

Risikoexperte: Banken sehen sich von America-First-Politik und Vielzahl an wirtschaftlichen, technologischen und geopolitischen Risiken herausgefordert

Die Institute in der Finanzbranche sehen sich von einer wachsenden Zahl an Risiken herausgefordert. Insbesondere auf die America-First-Politik der US-Administration, die vielerlei Facetten habe, gelte es sich einzustellen, sagt Risikomanager Gerold Grasshoff vom Frankfurter Institut für Risikomanagement und Regulierung (FIRM).

Von Tobias Fischer, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 13.2.2026

Die America-First-Politik der US-Administration treibt die Risikomanager in der Finanzindustrie zusehends um. „America First hat breite, tiefe und wahrscheinlich auch lange Auswirkungen“, sagt Gerold Grasshoff, Vorstandsvorsitzender des Frankfurter Instituts für Risikomanagement und Regulierung (FIRM), eines Netzwerks von Risikomanagern aus Finanzindustrie, Aufsicht und Wissenschaft.

Das Phänomen wird seiner Ansicht nach in der Regel zu verkürzt diskutiert. Mit der Analyse der Trump'schen Zollpolitik, in der sich die Betrachtung allzu oft erschöpfe, sei es nicht getan. Es stecke vielmehr eine breite Palette an Politikansätzen dahinter: „America First bedeutet aktive und opportunistische Zollpolitik, strategische Industriepolitik, expansive Fiskalpolitik, depriorisierte Klimapolitik, restriktivere Migrationspolitik und transaktionale Sicherheitspolitik. Dazu müssen sich Finanzinstitute strategisch positionieren.“ Die sollten sich entsprechend auf die härtere Gangart aus Washington einstellen und die Folgen daraus verstärkt in ihrer Geschäftstätigkeit und im Risikomanagement berücksichtigen.

Zu wenig Beachtung geschenkt werde der US-Fiskalpolitik, findet Grasshoff, der 1997 zur Boston Consulting Group

(BCG) stieß und dort in Frankfurt als Managing Director und Senior Partner tätig ist. Dabei lägen die Gefahren des auf Steuersenkungen und Protektionismus setzenden Vorgehens, mit dem die heimische Produktion gefördert werden soll, auf der Hand: „Der monetäre Stimulus kann das Vertrauen in US-Staatsanleihen unterminieren und erhöht die Inflationsrisiken und die Möglichkeit einer Staatsschuldenkrise.“

Wie Grasshoff deutlich macht, ist die expansive Fiskalpolitik in Europa allerdings nicht minder verbreitet, wenn auch nicht ideologisch aufgeladen wie in den USA. Obwohl der Schuldenstand eines EU-Mitgliedsstaates laut Maastricht-Kriterien maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen darf, liegt der Durchschnittswert in der Europäischen Union bei 82% (Stand Ende März 2025). In Deutschland sind es 62%. Die Spanne reicht dabei von 24% in Bulgarien und Estland bis zu 138% in Italien und 153% in Griechenland.

Grasshoff fragt sich, wie resilient Staats Haushalte angesichts hoher Schuldenstände sind, falls Inflation und Zinsen wieder steigen. Banken müssten sich damit auseinandersetzen, denn schließlich halten viele Institute Staatsanleihen ihrer Heimatländer. Diese als Staaten-Banken-Nexus bekannte Wechselbeziehung könne Krisen potenziell verschärfen.

Gekommen, um zu bleiben

Wenig Hoffnung macht Grasshoff, dass Deutschland und Europa im Falle eines Regierungswechsels in den USA zumindest mit einer gefälligeren Handelspolitik rechnen können. „Wir müssen davon ausgehen, dass die unter der Trump-Administration bilateral ausgerichtete US-Handelspolitik bleiben und sich auch nicht mit

einer nächsten Administration ändern wird“, sagt er.

Und als wären die aus der America-First-Politik erwachsenden Risiken nicht genug, muss Europa sich seinen Worten zufolge auf weitere Herausforderungen einstellen: „Nach allem, was wir wissen, werden die USA nicht stärker regulieren, sondern wahrscheinlich deregulieren, das heißt, auch Basel IV wird nicht umgesetzt“, erwartet Grasshoff. Für Europa bedeute das, sich auf eine effektive Regulierung zu fokussieren. „Es muss auf den Prüfstand kommen, wie Finanzstabilität auch mit weniger und einfacheren Regeln gesichert und zugleich Wachstum und Innovation, sprich Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt werden können“, mahnt der Risikomanager.

Auf die Wettbewerbsfähigkeit müssten die Europäer Grasshoff zufolge ihr Augenmerk legen. Schließlich schaffe sie die Voraussetzung dafür, die eigenen Fähigkeiten in Verteidigung und Sicherheitspolitik sowie in Industrie- und Technologieführerschaft zu stärken. Beides sei



Gerold Grasshoff ist Vorstandsvorsitzender des Frankfurter Instituts für Risikomanagement und Regulierung (FIRM).

Foto: FIRM/Martin Joppen

kontrollieren und Entscheidungen nachzuvollziehen.

„Banken können keine KI-Modelle laufen lassen, die heute zu Ergebnis A und morgen zu Ergebnis B kommen“, sagt der Risikomanager. Deshalb seien die Anwendungsfälle bisher weitgehend beschränkt auf Assistenzfunktionen, auf die Auswertung großer Mengen und das Auslesen von Dokumenten. Dies betreffe vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologie im Bereich Coding, Research und Sales-Unterstützung. Menschen seien dabei immer eingebunden.

Neuen Stresstest begrüßt

Viel übrig hat Grasshoff für das neue Konzept des diesjährigen EZB-Stresstests. Statt den Banken Szenarien vorzugeben und sie die Auswirkungen auf Kapital- und Liquiditätspuffer ermitteln zu lassen, soll diesmal jedes Institut geopolitische Ereignisse ausmalen, die zu einem Einbruch ihrer harten Kernkapitalquote um mindestens 300 Basispunkte führen könnten und wie sie die Liquiditäts- und Refinanzierungsbedingungen beeinflussen. 110 direkt von der EZB beaufsichtigte Banken müssen sich diesem Stresstest zu geopolitischen Risiken stellen, dessen Ergebnisse im Sommer veröffentlicht werden sollen.

Grasshoff begrüßt die neue Form des Vorgehens: „Stresstests auf Basis von vergangenen Daten und Entwicklungen aufzubauen, springt zu kurz.“ Schließlich werde simuliert, wie eine Bank unter den Parametern vergangener Krisen dastehe. „Die eigentliche Idee sollte sein, Szenarien zu entwickeln, die erwartete Strukturbrüche abbilden. Zu beachten ist hier der sogenannte reversed Stresstest, also die Frage, was tatsächlich ein existenzielles Risiko für die Bank darstellen würde. Das betrifft auch das Engagement in China.“

unabdingbar, um in geopolitisch angespannten Zeiten wie diesen als souveräner Akteur in der Weltpolitik bestehen zu können.

An makroökonomischen, technologischen und geopolitischen Herausforderungen mangelt es also nicht, hinzu kommt die hohe Schlagzahl der Veränderungen, oft getrieben durch die volatile Politik des US-Präsidenten. „Die gefühlte Unsicherheit ist aus Sicht eines Risikomanagers aktuell so hoch wie noch nie“, lautet deshalb Grasshoffs Befund. Als die aktuell größten Risikotreiber haben er und FIRM Geopolitik, technologische Veränderungen, insbesondere KI, sowie die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Volkswirtschaften ausgemacht.

KI verstärke klassische Risiken. Deshalb betont Grasshoff die Bedeutung einer guten Governance: „Denn wenn nicht klar ist, wer KI-Modelle verantwortet, wie sie implementiert und angewendet werden, getestet und dokumentiert, dann gibt es ein Problem.“ Werde das nicht festgelegt, bestehe keine Möglichkeit, die Modelle zu